

Dringlichkeitsanfrage

des Abgeordneten Thomas (Die Linke)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie, Naturschutz und Forsten

Zukunft des Reparaturbonus nach Ablehnung im Bundesrat

Der erfolgreiche Thüringer Reparaturbonus wurde zum Ende des Jahres 2025 abgeschafft, zugleich setzt sich die Landesregierung nach eigenen Angaben auf Bundesebene für die Einführung eines bundesweiten Reparaturbonus ein. Im Rahmen der Stellungnahme des Bundesrats zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren fand die ausdrückliche Empfehlung zur Einführung eines bundesweiten Reparaturbonus jedoch keine Mehrheit. Vor diesem Hintergrund ist offen, wie die Landesregierung weiter verfahren will, nachdem aktuell weder in Thüringen noch auf Bundesebene ein entsprechendes Förderinstrument absehbar ist.

Das **Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie, Naturschutz und Forsten** hat die **Dringlichkeitsanfrage** vom 20. Mai 2026 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Juni 2026 beantwortet:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung des Bundesrats, sich im Rahmen der Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren mehrheitlich gegen die ausdrückliche Empfehlung zur Einführung eines bundesweiten Reparaturbonus ausgesprochen zu haben?

Antwort:

Die Landesregierung teilt die Prämisse der Fragestellung nicht. Vielmehr hat sich der Bundesrat in Nummer 3 seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Bundesregierung zu bitten, bei der Ausgestaltung von Fördermaßnahmen zur Stärkung von Reparaturen gemäß Artikel 13 der Richtlinie (EU) 2024/1799 im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Einführung finanzieller Anreize zur Förderung von Reparaturen zu prüfen. Dabei sollen insbesondere Zuschüsse, etwa in Form eines nationalen Reparaturbonus, sowie steuerliche Vergünstigungen für Reparaturdienstleistungen berücksichtigt werden. Damit findet sich die Intention der Thüringer Forderung in dem Beschluss wieder.

2. Welche konkreten weiteren Schritte wird die Landesregierung unternehmen, zum Beispiel Gespräche oder Initiativen mit Ländern beziehungsweise politischen Akteuren, um die Einführung eines bundesweiten Reparaturbonus dennoch voranzubringen (bitte einzeln darstellen)?

Antwort:

Die Entwicklungen im Gesetzgebungsverfahren und bei der weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren wird weiter aufmerksam begleitet. Es bleibt nunmehr abzuwarten, welche Schlussfolgerungen die Bundesregierung sowie der Deutsche Bundestag aus der Stellungnahme des Bundesrats ziehen werden. Die Bundesregierung hat in der Begründung zum Gesetzesentwurf darauf hingewiesen, dass sie gemäß den Vorgaben der Richtlinie bis zum 31. Juli 2029 die Europäische Kommission über mindestens eine Fördermaßnahme informiert.

3. Wird die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass derzeit weder ein Reparaturbonus in Thüringen existiert noch die Einführung eines bundesweiten Reparaturbonus absehbar ist, ihre Entscheidung zur Abschaffung des Thüringer Reparaturbonus überdenken (bitte Antwort begründen, insbesondere bei verneinender Antwort angesichts der positiven Wirkungen des Programms für Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und Verbraucherentlastung)?

Antwort:

Die positiven Wirkungen des Thüringer Reparaturbonus wurden bereits umfassend erörtert und bewertet. Ungeachtet dessen setzt sich die Landesregierung weiterhin für die Förderung des Rechts auf Reparatur sowie für die Stärkung der Reparaturinfrastruktur und der Reparaturkultur in Thüringen ein. Finanzielle Fördermaßnahmen können jedoch nur im Rahmen der vom Haushaltsgesetzgeber bereitgestellten Mittel umgesetzt werden. Diesbezüglich sieht die Landesregierung jedoch die vorrangige Verantwortung für finanzielle Anreize auf Bundesebene (vergleiche dazu auch Nummer 3 des Bundesratsbeschlusses vom 8. Mai 2026).

Kummer
Minister